

Deutliche italienische Warnung

Der Genfer Berichterstatter des Pariser „Intransigent“ meldet, die italienische Regierung habe in Paris und in London wissen lassen, daß Italien aus dem Völkerverbund austreten würde, wenn eine Abordnung der bolschewistischen Gewalttäter aus Valencia am 7. Dezember in Genf zur Sitzung des Völkerverbandsausschusses zur Reform der Völkerverbandsstatuten zugelassen werden würde.

In Pariser diplomatischen Kreisen rechnet man nicht damit, daß die Mächte die Delegation der Bolschewisten aus Valencia von der Sitzung ausschließen werden. Man rechnet deshalb damit, daß Italiens Vertreter der Sitzung fernbleiben werde. Man befürchtet aber auch vielfach, daß Italien die Gelegenheit wahrnehmen wird, seine Mitgliedschaft zum Völkerverbund nun auch in aller Form zu beenden.

Erklärung der japanischen Regierung

Anlässlich der Unterzeichnung des deutsch-japanischen Abkommens hat die japanische Regierung eine Erklärung abgegeben, in der es u. a. heißt, daß seit der Errichtung der kommunistischen Internationale, die mit ihrem Hauptquartier in Moskau die Vernichtung der nationalen und sozialen Struktur jedes Landes zum Ziele habe, die Komintern entsprechend ihren Grundsätzen der Weltrevolution Aktionen ausgelöst habe, die in hohem Maße den Weltfrieden bedrohten.

Insbesondere sollten diejenigen Länder, die während des Kominternkongresses bei der Sowjetregierung gegen die Tätigkeit der kommunistischen Internationale Protest einlegten, die schädliche Wirkung dieser Organisation kennen.

Wie China, das den Verwüstungen der kommunistischen Armeen ausgesetzt sei, so litten auch die Neuere Mongolei und Sinkiang unter dem Treiben der Komintern. In Mandschurien habe die Komintern Mäuerbanden zu gewinnen und für ihre Zwecke dienstbar zu machen versucht. In Japan habe sich nach dem VII. Kongress der Komintern die Energie der kommunistischen Bewegung wieder gesteigert.

Die japanische Regierung habe zwar schon immer eine eindeutige Politik gegen die Komintern geführt. Angesichts der wachsenden Gefahr aber sehe sich Japan nunmehr gezwungen, im Interesse der Gewährleistung seiner Sicherheit und der Aufrechterhaltung des Friedens in Ostasien schärfere Vorkehrungen zu ergreifen.

Da die Organisation und die Tätigkeit der Komintern internationalen Charakter trügen, müsse jede Gegenmaßnahme in internationaler Zusammenarbeit getroffen werden.

Deutschland sei seit 1933 scharf gegen den Kommunismus vorgegangen. Japan und Deutschland sähen sich der Komintern gegenüber in ähnlicher Lage. Die japanische Regierung habe sich daher veranlaßt gesehen, zum Abschluß einer Vereinbarung zu schreiten, die den ersten Schritt in der Verteidigung gegen den Kommunismus darstelle.

Die japanische Regierung weist abschließend auf das Zusatzprotokoll zum Abkommen hin und gibt dann weiter ihren Wunsch Ausdruck, daß sich möglichst viele Staaten den Abwehrmaßnahmen gegen die Gefahr der Komintern anschließen mögen. Sie betont zum Schluß ausdrücklich, daß neben diesem Abkommen Vereinbarungen anderer Art nicht bestehen, daß Japan nicht die Absicht habe, irgendeinen besonderen internationalen Pakt zu bilden, und daß sich die Vereinbarung gegen kein drittes Land richte.

Japan macht Ernst

Verstärkte Überwachung bolschewistischer Umtriebe.

Wie die japanische Agentur Domei mitteilt, stehen verschiedene Maßnahmen zur Durchführung des ersten Punktes des deutsch-japanischen Abkommens in Japan bereits bevor. Es sei vor allem an eine verstärkte Überwachung bolschewistischer Umtriebe und möglicherweise auch an die Abänderung von Gesetzen gedacht, wovon man sich verstärkte Einwirkungsmöglichkeiten auf die linksradikalen Kreise in Japan verspricht.

Man nimmt an, daß sich diese Maßnahmen auch auf Mandschurien und die nordchinesischen Gebiete erstrecken dürften, wo eine besonders strenge Überwachung des Kommunismus notwendig sei.

Verstärkung des Fernost-Konfliktes

Der japanisch-sowjetrische Grenzzwischenfall bei Suifenho.

Die japanische Agentur Domei meldet, daß bei dem Zusammenstoß bei Suifenho an der Ostgrenze von Mandschurien japanische Truppen zehn Tote und sieben Schwerverletzte zu beklagen hätten. Acht Japaner würden noch vermißt. Dieser Grenzzwischenfall sei der größte und schwerste der letzten Zeit.

Noch kein Grenzzwischenfall habe so viele Opfer gefordert. Die Sjingking-Regierung und die Awantungarmee seien über diese neue provokatorische Sowjetaktion empört. Gleichzeitig wird gemeldet, daß Moskau unter Verdrehung der Tatsachen bei dem japanischen Geschäftsträger wegen der Grenzverletzung und der Beschädigung sowjetrischer Grenzzeichen protestiert und eine Bestrafung der Schuldigen gefordert habe.

Die Evangelische Kirche kämpft gegen Moskau

Die Vertreter der deutschen Evangelischen Kirchen in Oesterreich, Jugoslawien, Rumänien, Böhmen und Mähren-Schlesien waren in Wien versammelt, um über gemeinsame kirchliche Angelegenheiten zu beraten; sie faßten im Anschluß an einen Vortrag von Bischof Glondys aus Hermannstadt über die verhängnisvolle Auswirkung des sowjetrischen Bolschewismus einmütig eine Entschliebung, die mit folgenden Sätzen schließt:

„Am vollen Bewußtsein der den Evangelischen Kirchen obliegenden Pflichten stellen wir uns entschlossen auf die Seite der gegen die bolschewistische Gottlosigkeit ringenden Kräfte. Wir sind gewiß, daß das evangelische Christentum berufen ist, an diesem Kampf entscheidend mitzuwirken, in dem es durch Weckung der Ehrfurcht vor Gott die inneren Voraussetzungen für jene wahre Gemeinschaft verwirklichen hilft, die den Dienst am Ganzen über den Eigennutz des einzelnen stellt. Als Leiter deutscher Evangelischer Kirchen

wissen wir uns mit dem auf gleiche Ziele gerichteten Bestrebungen im deutschen Volk aufs engste verbunden und rufen alle verantwortungsbewußten evangelischen Christen zur tätigen Teilnahme an solchem Ringen auf.“

Madrids Bevölkerung demonstriert

Uebergabe der Hauptstadt gefordert.

Unterstützt durch Artillerie, versuchten in Madrid die Bolschewisten am Mittwoch erneut umfangreiche Gegenangriffe auf die Universitätsstadt und die Segovia-Brücke durchzuführen. Die Angriffe wurden von den unerschütterlichen Legionären wie immer mit starken Verlusten für die Roten abgewehrt. Die nationale Artillerie belegte ihrerseits die feindlichen Stellungen in dem nördlichen Madrider Stadtteil Cuatro Caminos mit schwerem Feuer. Am Mittwochnachmittag erschienen nach viertägiger Pause auch wieder nationale Bombenflugzeuge über der Hauptstadt. Wegen des unsichtigen Wetters ganz niedrig fliegend, konnten die Flugzeuge ungestört von roten Fliegern und unbeeinträchtigt durch Abwehrfeuer ihre Bombenabwürfe abwerfen. Nach erfolgreicher Bombardierung zahlreicher militärisch wichtiger Ziele traten die nationalen Flugzeuge in musterhafter Ordnung den Rückflug an.

Nach den Aussagen von Ueberläufern herrscht bei der Madrider Zivilbevölkerung ungeheure Erregung. Täglich bilden sich Demonstrationen, deren Teilnehmer für die Uebergabe der Stadt fordern und die von den roten Machthabern nur mit Waffengewalt unterdrückt werden können.

Die albanische Regierung hat die spanische Nationalregierung in Burgos anerkannt. Diese Anerkennung ist eine natürliche Folge der antikommunistischen Politik, die von der albanischen Regierung verfolgt wird.

Die bolschewistischen Machthaber verhindern die Ausreise von Flüchtlingen aus Bilbao

Paris. Wie aus St. Jean de Luz gemeldet wird, verweigern die bolschewistischen Machthaber von Bilbao den Einwohnern der Stadt die Ausreisegenehmigung. Auf Grund dieser Anordnung haben ein amerikanisches und ein britisches Kriegsschiff, die mit der Rückführung von Flüchtlingen beauftragt waren, den Hafen von Bilbao verlassen und sind ohne Fahrgäste in St. Jean de Luz eingetroffen.

Keine territorialen Absichten Italiens in Spanien

Rom. Die immer wieder auftauchenden Gerüchte über territoriale Absichten Italiens oder sonstige unritzerische Pläne, die es mit seiner Spanienpolitik verfolge, besonders im Hinblick auf die Balearen oder andere spanische Gebiete, werden von amtlicher italienischer Seite in aller Form dementiert.

Raumpolitik und Verkehrspolitik

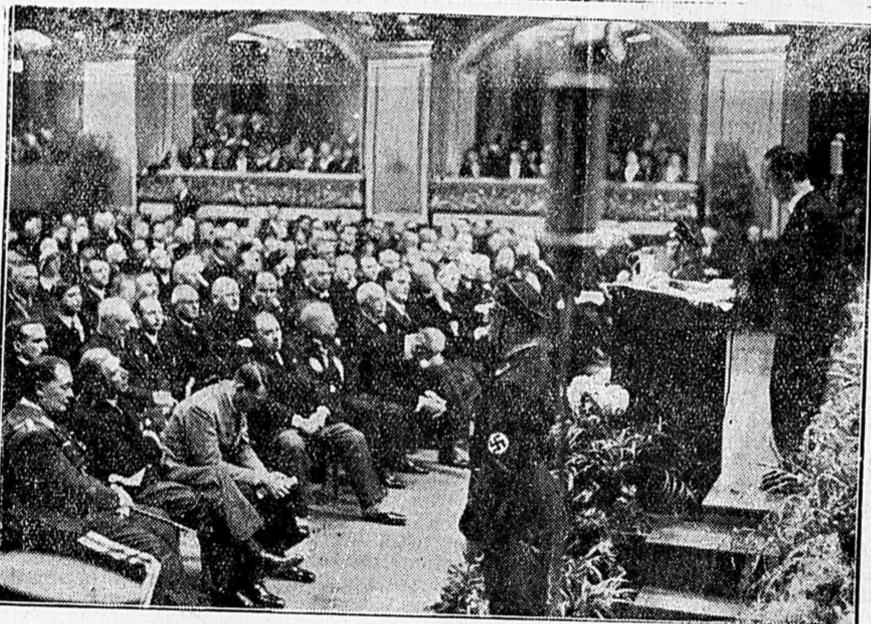
Raumordnung und Kraftfahrzeugverkehr zusammengefaßt

Die Forderung der Raumordnung, der Gestaltung des deutschen Raumes nach den Notwendigkeiten von Volk und Staat, greift tief hinein in die Probleme des Verkehrs. Es besteht eine Wechselwirkung zwischen Raumpolitik und Verkehrspolitik. Mehr als Eisenbahn und Schifffahrt scheint das Kraftfahrwesen berufen zu sein, an der Neugestaltung des deutschen Raumes mitzuwirken und die Aufgaben der Landesplanung zu erleichtern.

Die Gründe hierzu und die Fragen, die sich daran knüpfen, untersucht der Ministerialrat in der Reichsstelle für Raumordnung, Dr. W. Teubert, in einem Aufsatz „Raumordnung und Kraftfahrzeugverkehr“ in der Zeitschrift „Der gewerbliche Kraftverkehr“. Er kommt zu folgenden Feststellungen: Durch seine Beweglichkeit ist der Kraftwagen in hohem Maße, unmittelbar weit größere Flächen des Reiches zu bedienen, als das die Eisenbahn oder die Schifffahrt in ihrer Begrenzung in der Lage sind. Er kann sich ohne weiteres den Erfordernissen der Gestaltung des Raumes anpassen und jene neuen Verkehrsbeziehungen bedienen, die sich aus der Landesplanung ergeben.

Der Personenverkehr mit Kraftfahrzeugen gibt die günstigste, Möglichkeit, die Großstädte durch die Verlegung der Wohngebiete in die Vororte und durch Trennung von Industriestandort und Siedlung aufzulockern;

ebenso wird der Güterkraftverkehr dank seiner heutigen Leistungsfähigkeit das Streben der Landesplanung nach Auflockerung der Industrie erfüllen lassen. Allerdings muß auch die Raumordnung auf die Verkehrsbelange Rücksicht nehmen und den vorhandenen Zustand mit der künftigen Entwicklung in Einklang bringen.



Vor drei Jahren

Die Eröffnung der Reichskulturkammer am 27. November 1933. Am Rednerpult Reichsminister Dr. Goebbels, der Präsident der Kulturkammer. In der ersten Reihe: Ministerpräsident Brüning, Reichskanzler Adolf Hitler und Staatssekretär Fritsch, der Vizepräsident der Reichskulturkammer. (Atlantik.)

Ueberfall auf britisches Militär

Blutiges Gefecht in Indien.

Wie aus Delhi (Indien) berichtet wird, sind bei einem Gefecht an der indischen Nordwestgrenze zwei britische Offiziere und 15 indische Soldaten getötet und zwei britische Offiziere und 75 Indier verletzt worden.

Im Sthaljora-Tal in Waziristan wurde eine britische Abteilung von Angehörigen des Stammes der Tori Abel überfallen, gegen den die britischen Militärbehörden einen Demonstrationmarsch geplant hatten, weil dieser Stamm einem gefährlichen Kafir Unterschlupf gewährt hatte. Der Ueberfall durch die Eingeborenen, die erst nach Einbruch von Flugzeugen vertrieben werden konnten, kam völlig überraschend.

Vollstes Einvernehmen zwischen Italien und Ungarn

Gegenbesuch des italienischen Königspaares und Mussolinis in Budapest.

Budapest. Wie aus Rom gemeldet wird, wurden die offiziellen Beratungen zwischen den ungarischen und den italienischen Staatsmännern am Mittwoch abgeschlossen. Bei den Beratungen sei auch diesmal das vollste Einvernehmen der Leiter der Außenpolitik der beiden Länder festzustellen.

Die nach Rom entandten Sonderberichterstatter der ungarischen Blätter bringen eine Erklärung des Ministerpräsidenten Daranyi, in der er hervorhebt, wach tiefen Eindruck auf ihn die große staatsmännliche Persönlichkeit Mussolinis gemacht habe. Während seines Romer Aufenthaltes habe er mit Mussolini die beide Staaten gemeinsam interessierenden politischen und wirtschaftlichen Fragen durchberaten. Diese Verhandlungen seien geeignet, das freundschaftliche Verhältnis zwischen Italien und Ungarn noch tiefer und inniger zu gestalten. Im Namen der ungarischen Regierung habe er Mussolini nach Budapest eingeladen, und dieser habe die Einladung angenommen. Es sei zu hoffen, daß Mussolini im nächsten Frühjahr der ungarischen Hauptstadt einen Besuch abstatten werde.

Sicherem Vernehmen nach wird das italienische Königspaar den Besuch des ungarischen Reichsverwebers und seiner Gemahlin im Mai nächsten Jahres in Budapest erwidern. Der Besuch Mussolinis werde kurze Zeit nach dem Besuch des Königspaares erfolgen.

Der rumänische Außenminister in Warschau

Warschau. Am Donnerstagvormittag traf, von Krakau kommend, der rumänische Außenminister Antonescu mit seiner Begleitung in Warschau ein. Er wurde auf dem Hauptbahnhof von dem polnischen Außenminister Bede und anderen Vertretern der polnischen Regierung, der Armee und der Hauptstadt sowie dem neuen rumänischen Gesandten in Warschau empfangen. Mittags stattete der rumänische Außenminister dem Marschall Rydz-Smigly, dem Ministerpräsidenten Stadnowski und dem Außenminister Bede Besuche ab. Am Grabe des Unbekannten Soldaten legte er einen Kranz nieder. Abschließend wurde der rumänische Gast mit seiner Gattin vom Staatspräsidenten empfangen. Der Nachmittag war mit politischen Besprechungen zwischen dem polnischen und dem rumänischen Außenminister ausgefüllt.

Bermessungswesen — Reichsverteidigung

Dr. Fritsch im Reichsamt für Landesaufnahme.

Anlässlich der baulichen Neugestaltung des Reichsamtes für Landesaufnahme in Berlin stattete Reichsinnenminister Dr. Fritsch dieser Behörde einen Besuch ab. Vor der Gefolgschaft und geladenen Gästen sprach Reichsinnenminister Dr. Fritsch über die Bedeutung des deutschen Landesvermessungswesens für Landesverteidigung, Wissenschaft und Wirtschaft. Durch das Gesetz vom 3. Juli 1934 sei der Zerpfaltung des Vermessungswesens ein Ende bereitet und der Grundstein zur Neuordnung gelegt worden. Der Minister fuhr fort: „Das Vermessungswesen wird zur Reichsarbeitslegenheit erklärt, und zwar mit dem ausdrücklichen Vorbehalt für die Forderungen der Reichsverteidigung. Alle Kräfte im deutschen Vermessungswesen werden auf ein großes Ziel hin ausgerichtet: das deutsche Kartennetz von Grund auf neu zu gestalten. Der deutsche Vermessungsberuf wird im ganzen einheitlich geordnet.“

Bundesminister Glaise-Horschtenau in München

Der österreichische Bundesminister Dr. h. c. Glaise-Horschtenau, der sich augenblicklich zu Vorträgen in München aufhält, sprach im Festsaal der Bayerischen Akademie für Wissenschaften über das Thema „Alt-Oesterreichs Heer in der deutschen Geschichte“. Unter den zahlreichen Anwesenden befanden sich Reichsstatthalter General Ritter von Epp, Ministerpräsident Siebert mit den Mitgliedern der bayerischen Landesregierung und der Kommandierende General des VII. Armeekorps von Reichenau.